

Platz abbeck

Nr. 2, März 2007

DIE LINKE.KÖLN

Die Linke.Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. Die Linke.Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,
www.die-linke-koeln.de

Bleiberecht: Das Kämpfen hat sich gelohnt

Eine Zeit lang sah es so aus, als ob das sich stets tolerant und weltoffen gebende Köln die restriktivste Auslegung der Innenministerkonferenz zum Bleiberecht anwendet. Die geduldeten Flüchtlinge sollten in Köln einen komplizierten Sprachtest absolvieren und eine absolut unverhältnismäßige Integrationsvereinbarung abschließen. Zweimaliges unentschuldigtes Fehlen der Kinder im Kindergarten hätte sogar zu einem Erlöschen der Aufenthaltsgenehmigung führen können.

Diese Zumutungen sind nun vom Tisch. Sprachkenntnisse müssen zwar nach wie vor nachgewiesen werden, aber nun im Rahmen der Innenministerregelung. Dabei genügt es, wenn die Antragsteller ohne Dolmetscher ein einfaches Gespräch auf dem Amt führen können.

Auch die unsägliche Integrationsvereinbarung gibt es nicht mehr. Nun erhalten die Antragsteller nur noch ein Merkblatt, was alles zum Verlust des Bleiberechts führen kann.

Es hat sich gelohnt, Druck zu machen. Jetzt müssen sich die geduldeten Kölner auf dem Weg zum Bleiberecht nicht mehr schikanieren lassen.

Doch es gibt auch weiterhin etwas zu tun. Von 3000 möglichen Antragstellern haben bislang noch nicht einmal 100 ein Bleiberecht erhalten. Aufgrund der Koalitionsvereinbarung ist die Frist zwar bis 2009 verlängert worden. Nun muss die Stadt aber mehr Qualifizierungsstellen für die Flüchtlinge schaffen, die das Land finanzieren wird. Auch die Arbeitsagentur will mitziehen und sie auf dem ersten Arbeitsmarkt vermitteln. Die Stadtverwaltung setzt zusätzlich vier weitere Angestellte ein, um die Anträge schneller zu bearbeiten.

Damit die Entwicklung des Bleiberechts zeitnah verfolgt werden kann, wird sich der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen künftig auf jeder Sitzung damit beschäftigen.

Jörg Detjen

Endlich kommt die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus

Der Ratssitzung am 27. März liegt ein gemeinsamer Antrag von SPD, Grünen und Die Linke.Köln für die Einrichtung einer Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus vor, der im Rat auch eine Mehrheit hat.

Der Schwerpunkt dieser Stelle soll bei der Präventionsarbeit gegenüber Kindern und Jugendlichen liegen. Eine andere wichtige Aufgabe wird es sein, die bestehenden Einrichtungen und Initiativen gegen Rechts in Köln zu vernetzen. Angesiedelt wird die Stelle beim NS-Dokumentationszentrum, dessen erfolgreiche Arbeit damit um einen wichtigen pädagogischen Aspekt ergänzt wird.

Damit ist Köln die erste Stadt bundesweit, die eine solche Einrichtung besitzt. Vor vier Jahren hat die PDS diese Initiative angestoßen. Wie wichtig sie ist, zeigt nicht zuletzt, dass immer noch viele Kölner nicht wissen, wer sich hinter „Pro Köln“ wirklich verbirgt. Das kann man daran sehen, dass die rechten Demagogen viele Unterschriften gegen den Moscheebau zusammen bekommen haben. Die Positionierung der Ehrenfelder CDU gegen den Moscheebau

und ihre zeitweilige Unterstützung der Unterschriftenaktion trug ebenfalls dazu bei, die Unterschiede zwischen Demokraten und Nichtdemokraten zu verwischen. Nur mit einem gemeinsamen Netzwerk aller demokratischen Kräfte können die menschenverachtenden Hetzer von „Pro Köln“ als das entlarvt werden, was sie wirklich sind: Rechtsextreme.

Die neue Informations- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus ist ein weiterer Baustein im Kampf der Linke.PDS gegen Rechts. Ratsmitglied Jörg Detjen engagiert sich seit vielen Jahren gegen Rechtsextremismus, ist Mitherausgeber der Zeitung „Antifaschistische Nachrichten“ und hatte 2001 die Demonstration der 30.000 Kölnerinnen und Kölner gegen einen Nazi-Aufmarsch angemeldet und koordiniert.

Für ein erfolgreiches Austrocknen rechtsextremer Haltungen ist Präventionsarbeit ganz wichtig. Entscheidend bleibt aber das Engagement jedes Einzelnen. Nur dann wird die Infostelle gegen Rechts erfolgreich sein.

Fortsetzung Seite 2



Schon einmal ist es den Kölnerinnen und Kölnern gemeinsam gelungen, Mitte der 90er Jahre die damalige „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ in der Öffentlichkeit zu isolieren. Das endete 1994 mit einer Wahlniederlage von Manfred Rouhs, der inzwischen Pro Köln anführt.

Die Informations- und Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus wird einen wichtigen Beitrag dazu leisten, in Köln einen menschlicheren Umgang zwischen den gesellschaftlichen Gruppen zu etablieren – damit nicht schon wieder Minderheiten zu Sündenböcken für gesellschaftliche Fehlentwicklungen gemacht werden.

Özlem Demirel



Foto: www.arbeiterfotografie.com

Die Linke.Köln will Bäderkonzept unter breiter Mitwirkung der Nutzer

Die Schließungspläne der KölnBäder GmbH lösen bei der Bevölkerung in den betroffenen Stadtteilen Protest aus. Um den Protest schlagkräftiger zu machen, wurde inzwischen ein Bürgernetzwerk gegründet. Über 30 Vereine, Schulen, Kindergärten, Seniorenvertreter, Sportvereine und Interessengemeinschaften, dazu zahlreiche Privatpersonen haben sich zu dem Netzwerk zusammengeschlossen.

„Wir wollen gemeinsam für den Kölner Westen kämpfen“, sagt Antoinette Scheicht, eine der Initiatorinnen, die für die SPD als Sachkundige Einwohnerin im Sportausschuss sitzt und die sich besonders für das Weidenbad stark macht.

Sie ist nicht die einzige, die gegen die Pläne der Parteigenossen opponiert. Die betroffenen Bezirksvertretungen stimmten geschlossen für den dauerhaften Erhalt und die Modernisierung ihrer Bäder sowie für ein Konzept zur Attraktivitätssteigerung, das mit den Benutzergruppen gemeinsam erarbeitet werden soll.

Die Bürgerinitiativen wollen zur nächsten Ratssitzung mit Trillerpfeifen und Transparenten vor dem Historischen Rathaus demonstrieren.

Inzwischen hat OB Schramma das Thema entdeckt und die Zuständigkeit für die Angelegenheit seinem Kämmerer, Peter Michael Soénius (CDU), abgenommen und sie per Anweisung Schul- und Sportdezernentin Agnes Klein (SPD) zugeordnet. Er drängte die Dezernentin, zur letzten Sportausschusssitzung kurzfristig vier Beschlussvorlagen einzubringen.

Nach diesen soll der Rat den Beschlüssen der Bezirksvertretungen folgen.

Die erfreulich weit gehenden Vorlagen, sorgten freilich auf verschiedenen Seiten für Irritation. Nicht nur dass Frau Klein während der Sitzung den Standpunkt ihrer Partei (SPD) gegen die Vorschläge ihres Dezernates verteidigte, auch die CDU Vertreter im Sportausschuss wussten mit der von ihrem Oberbürgermeister initiierten (Steil-) Vorlage nichts anzufangen und offenbarten damit, dass ihr Ratsantrag auf Erhalt des Rodenkirchener Bades nicht besonders ernst gemeint sein kann.

Die stimmberechtigten Sportausschussmitglieder kamen denn auch bei allseitiger Erleichterung überein, die Vorlagen nicht zur Abstimmung zu bringen und zur erneuten Beratung auf die Sitzung im April zu vertagen.

Der Protest gegen die Schließungen wird im Wesentlichen von Rodenkirchen und Weiden getragen. Die Fraktion die Linke.Köln unterstützt diesen Protest, möchte aber nicht einzelne Stadtteile gegeneinander ausspielen. Sie geht in ihren Vorstellungen noch weiter.

Zur Ratssitzung am 27.3. hat die Fraktion einen Antrag eingebracht. Demnach sollen die drohenden Bäderschließungen ausgesetzt werden. Erst einmal soll ein Masterplan Bäder erstellt werden – unter Beteiligung betroffener Gruppen und Institutionen wie dem Stadt-Sport-Bund, Schwimm- und Sportvereinen, der Seniorenvertretung oder auch den Jugend-, Schul- und Sportämtern. Nur so ist zu gewährleisten, dass die künftige Bäderlandschaft in Köln allen gleichermaßen zu Gute kommt – und nicht nur denen, die viele Verbündete finden.

Felix Schulte

Kölner Protest gegen die Zerstörung des Bürgerfunks

Am 17. März protestierten auf dem Roncalli-Platz etwa 250 Bürgerinnen und Bürger gegen das Vorhaben der schwarz-gelben Landesregierung, mittels eines Landesmediengesetzes den Bürgerfunk drastisch einzuschränken. Alle Redner waren sich einig: Unter dem Vorwand, die Qualität zu fördern, will Düsseldorf ein Stück Meinungsfreiheit zugunsten des kommerziellen Privatfunks subtil zensieren. Sie forderten, entweder das Gesetzesvorhaben zurück zu nehmen oder sich vor dem Bundesverfassungsgericht wieder zu sehen.

Nash Zidani



DIE LINKE.KÖLN

In den Bezirksvertretungen

■ Ehrenfeld

Chemieverseuchtes Gelände wird für eine halbe Million Euro saniert

Seit Jahren verhandelt ein brachliegendes Grundstück die Ecke Ehrenfeldgürtel/Vogelsanger Straße. Immer wieder geisternden Gerüchten um eine künftige Nutzung des Geländes durch die Presse. Zuletzt war von einer Tankstelle die Rede – ein Plan, der von den Ehrenfelder Bezirksvertretern vehement abgelehnt wurde.

Jetzt landete die Stadt einen Überraschungscoup. Auf einer Pressekonferenz wurde der erstaunten Öffentlichkeit mitgeteilt, dass schon in dieser Woche die Vorbereitungen für eine umfangreiche Sanierung des Terrains beginnen. Unter schärfsten Sicherheitsmaßnahmen und überwacht vom staatlichen Amt für Arbeitsschutz sowie vom Gesundheitsamt soll der durch Altlasten einer früheren Chemiefabrik kontaminierte Boden ca. acht Meter tief ausgehoben und entsorgt werden. Angrenzende Fußgänger- und Radwege werden für die Zeit der Bauarbeiten gesperrt. Die Kosten betragen ca. 550 000 Euro. Später soll das Gelände gewerblich genutzt werden.

Helga Humbach

■ Nippes

Breite Mehrheit gegen Erweiterung der Müllverbrennungsanlage

Große Empörung herrschte bei der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Nippes: Sozialdemokraten, Grüne, FDP/KBB und Linke lehnen die Erweiterung der Müllverbrennungsanlage in Niehl ab. Der ohnehin stark verkehrsbelastete Stadtteil Niehl würde weitere Belastungen erfahren: Zusätzlichen Müll und viele tausend zusätzliche LKW Fahrten durch den Stadtteil: „Das ist nicht hinnehmbar“ meinen nicht nur der überwiegende Teil der Lokalpolitiker, sondern auch die ansässige Bevölkerung und deren Bürger- und Heimatverein Niehl. Die Linke in der BV Nippes kritisiert nicht nur den zusätzlichen Müll und Dreck, auch die Vorgehensweise der AVG ist nicht in Ordnung.

„Es darf nicht sein, dass Aufsichtsräte und Vorstände hinter verschlossenen Türen einen solch gravierenden Beschluss fassen, ohne Politik und Bevölkerung einzubeziehen“, meinte Weisenstein, Bezirksvertreter von Die Linke.Köln auf der Sitzung

im März. Dementsprechend wurde auch der Beschluss gefasst, dass die AVG sofort alle Aktivitäten zu unterlassen hat, die eine Erhöhung der Kapazität der Müllverbrennung zum Ziel haben. Ebenso fordert die BV den Rat der Stadt Köln auf, sich mit der Materie zu befassen und eine Erhöhung der Müllkapazität in Niehl zu verhindern.

Michael Weisenstein

■ Innenstadt

Ein Film von Kindern für Erwachsene

Im Rahmen eines Filmprojektes der Alten Feuerwache haben Kinder einen Film über die Vorurteile und deren Entstehung in unserem Leben gedreht. Die Dreharbeiten dauerten ca. einen Monat. „Du und ich und tausend Fragen“ wurde in der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt/Deutz am 1.3.2007 vorgeführt.

In dem Film haben die Kinder versucht, Antworten zu finden, wie Vorurteile entstehen und was Vorurteile sind. Die Befragungen von Erwachsenen zeigen, dass Vorurteile meistens durch Erzählungen, Hemmungen und Unwissenheit entstehen. Der Film stellt das alltägliche Schulleben einer Schulklasse verschiedener Nationalitäten dar. Es stellt sich heraus, wie wenig die Kinder, die in einer Schulklasse sind, voneinander wissen. Während der Pause sprechen zwei Mädchen miteinander türkisch. Ein Junge denkt, dass die beiden über ihn lästern und fängt an, sich mit einem der Mädchen zu streiten. Das andere Mädchen versucht zu schlichten. So landen sie gemeinsam in einem Fahrstuhl, der plötzlich stehen bleibt. Panik und Angst greift um sich, und die drei beginnen, über sich und ihre Kultur zu erzählen. Sie merken in dieser Zeit, wie wenig sie voneinander wissen. Nach einiger Zeit haben sie nur noch einen gemeinsamen Wunsch: sie wollen aus dem Aufzug heraus und in die Klasse.

Nach der Vorführung des Films wurden Fragen an die Kinder und an die Leiterin der Projektgruppe gestellt. Es wurde angefragt, dass dieser Film in den Kölner Schulen vorgeführt wird.

Bahri Gülsen

■ Mülheim

In Buchforst hat die Postfiliale dicht gemacht

Trotz großer Proteste der Bürgerinnen und Bürger von Buchforst hat die Post im Stadt-

teil, die seit knapp 75 Jahren ihre Serviceleistungen angeboten hatte, ihre Filiale geschlossen. „Auf Wiedersehen in ihrer neuen Filiale – Wir ziehen demnächst um“ hieß es in einer Bekanntmachung der Post.

Zwar besteht in Zukunft die Möglichkeit, den Briefverkehr in einem Tabak- und Zeitschriftengeschäft weiter abzuwickeln, doch viele Angebote (wie z.B. Transaktionen und Geldgeschäfte im Rahmen der Postbankdienstleistungen) fallen nahezu weg.

Gegen den Verantwortungsrückzug der Deutschen Post, die noch letztes Jahr von dem Erhalt der Filiale in Buchforst sprach, leisten die Bewohner von Buchforst Widerstand. Im Rahmen einer Unterschriftenkampagne des Runden Tisch wurden mehr als 2000 Unterschriften gesammelt. Im Januar dieses Jahres hatte Die Linke in der Bezirksvertretung mit einem Antrag, der außer der CDU von allen Fraktionen unterstützt wurde, die Schließungspläne der Post missbilligt. In einer weiteren Anfrage hat Die Linke gefordert, dass die von der Postfiliale vorher angebotenen Dienstleistungen weiter erhalten bleiben.

Kemal Bozay

■ Mülheim

Pro Köln hetzt gegen Muslime

Im Stadtbezirk Mülheim leben über 26.000 Menschen mit Migrationshintergrund. Sie machen 18,4 % der Gesamtbevölkerung aus. Hinzu kommen noch Migranten, die inzwischen einen deutschen Pass besitzen.

Ein großer Anteil der Mülheimer Zuwanderer hat einen muslimischen Religionshintergrund und fühlt sich in diesem

Stadtbezirk zuhause. Auch die Vielfalt von Migrantennetzwerken und sozialen Einrichtungen zeichnet den interkulturellen Charakter des Stadtbezirks aus.

Seit einigen Monaten kursieren anlehnend an den Bau einer islamischen Gemeinde in Mülheim Flugblätter von Pro Köln, in denen Hetze und Vorurteile gegen Menschen mit muslimischer Glaubensrichtung geschürt werden. Plakativ wird in diesen Flugschriften zur „Verhinderung der Islamisierung des Stadtbezirks“ aufgerufen und für den sog. „Erhalt des rheinischen Charakters“ von Mülheim geworben.

Die Linke in der Bezirksvertretung Mülheim hat einen Antrag eingebracht, in der grundsätzlich alle Vorurteile gegenüber Zuwanderern sowie gegenüber Menschen unterschiedlicher religiöser Zugehörigkeiten abgelehnt und missbilligt werden.

Kemal Bozay



Aus den Ausschüssen:

■ Jugendhilfeausschuss

Weniger minderjährige Obdachlose in Köln

Eine Studie der Uni Münster hatte jüngst nahegelegt, dass die Zahl sog. „Straßenkinder“ in Köln gestiegen ist. In der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses hatte Die Linke.Köln daraufhin nach Zahlen und Angeboten für diese Gruppe gefragt. Dabei gibt es Erfreuliches zu berichten.

Ein niedrigschwelliges Angebot für obdachlose Jugendliche und junge Erwachsene ist der B.O.J.E.-Bus am Breslauer Platz. Diese Anlaufstelle haben im letzten Jahr ungefähr gleich viele Personen wie in den Jahren zuvor genutzt. Der Anteil der Minderjährigen ist aber von einem Drittel in 2001 auf 17,8% in 2006 gesunken.

Von obdachlosen Kindern unter 14 Jahren sei der Stadt nichts bekannt, so die Antwort auf unsere Anfrage. Weil die Verwaltung aber nur die Menschen erfassen kann, die bei Einrichtungen und Anlaufstellen landen, sagt das noch nichts über eine Dunkelziffer aus, so die Vertreterin von Die Linke.Köln im Ausschuss. Spätestens bis Mai will die Verwaltung Erkenntnisse hierzu vorlegen. *Andrea Kostolnik*

■ Schule und Weiterbildung

Viele Fragen, kaum Antworten

Zur letzten Sitzung des Schulausschusses hat Die Linke.Köln drei Anfragen gestellt. Wir wollten wissen, inwieweit der Schwimmunterricht an Schulen auf städtische Bäder angewiesen ist. In der aktuellen Diskussion über Schwimmbadschließungen ist es ein Unding, Entscheidungen zu treffen, ohne über diese (und weitere Fragen) Klarheit zu haben. In der kommenden Ratssitzung soll über die Schließungen entschieden werden – Antworten auf unsere Fragen bekommen wir zur nächsten Sitzung, weil es für die Verwaltung sehr aufwendig ist, diese Daten zusammenzutragen.

Auch über die Qualität der Betreuung in der Offenen Ganztagsgrundschule hatten wir Informationsbedarf. Immer wieder gibt es Klagen von Eltern, unausgebildete Kräfte würden zur Nachmittagsbetreuung eingesetzt. Hier fragten wir u. a., wie viele 1-Euro-Kräfte in der OGTS arbeiten, was diese machen dürfen und wie hoch der Anteil an tariflich bezahlten Beschäftigten in der Nachmittagsbetreuung ist. Auch hier steht die Antwort noch aus.

Allein zu unserer Sorge nach fehlenden Gesamtschulplätzen in Köln nahm die Verwaltung Stellung. Weil die einzelnen Gesamtschulen nur eine bestimmte Anzahl an

Schülern aufnehmen können, und die Obergrenze nicht überschritten werden darf, können kurzfristig keine zusätzlichen Plätze geschaffen werden. Für Gymnasien war das hingegen möglich. Diese verfehlte Schulpolitik des Landes muss in Köln durch die Eröffnung einer neuen Gesamtschule wenigstens abgedefert werden. Die Schuldezernentin Dr. Klein lehnte eine schnelle Entscheidung in der Sache ab, stellte aber in Aussicht, dass im Rahmen der Schulentwicklungsplanung auch über weitere Gesamtschulplätze nachgedacht wird. *Özlem Demirel*

■ Kunst und Kultur

SOS im Radio Köln

Die Notsignale sind unüberhörbar: der Bürgerfunk soll vom Programm. Landesweit. So wollen es die Betreibergesellschafter aus den Zeitungsverlagen und Kommunen. Mit auf dieser Wellenlänge in Düsseldorf CDU und FDP. Ihnen sind die Macher der unprogrammatischen Programme ohne Vorzensur im Dampfradio ein Störsignal, das unterdrückt werden soll. Angeblich wird die Hörerbindung unterbrochen. Bundesweit tritt aber bei allen Radios abends eine Abkehr vom Hören zum Fernsehen ein.

Es gibt sicher wichtige Gründe, medienpolitisch zu bilanzieren und für den Bürgerfunk konstruktive Folgerungen daraus zu ziehen. Dabei steht für ihn ebenso das Preserecht auf dem Prüfstand wie auch die an das Satzungsrecht der Landesanstalt für Medien gebundenen Zuwendungsrichtlinien. Die kulturpolitischen Sprecher von

SPD, Grünen und Linke.Köln haben sich in einer gemeinsamen EntschlieÙung an den Landtag NRW am 13.3.07 für den Erhalt des Bürgerfunks ausgesprochen. Am 27.3. findet im Landtag eine weitere Anhörung statt. *Wolfgang Breuer*

■ Rechnungsprüfungsausschuss

Messeprüfbericht lässt die wichtigsten Fragen offen

Auf der Ratssitzung im Dezember wurde dem Rechnungsprüfungsamt ein relativ umfassender Prüfauftrag zum Bau der neuen Messehallen erteilt. Anfang März legte das Amt den Bericht vor. Der Rechnungsprüfungsausschuss befasste sich am 22. März in einer nichtöffentlichen Sitzung damit. Die Fraktion Die Linke hatte dazu im Vorfeld bereits 12 Fragen gestellt, weil wichtigen Problemstellungen nicht nachgegangen wurde. Diese Antworten sind aber unbefriedigend.

Auf der Sitzung des Ausschusses bohrte Ratsmitglied Detjen weiter nach.

Helles Licht in das Dunkel kann aber nur ein Wertgutachten über die gebauten Messehallen bringen, ein Antrag, der dem Ausschuss vorliegt. Solange SPD und Grüne da aber nicht ran wollen, müssen wir uns weiter durch das Labyrinth fehlender Informationen kämpfen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss vertagte die Beratung und will auf der Sitzung im April dann Entscheidungen über das weitere Vorgehen treffen. Dann wird auch abschließend über den Antrag der Linksfraktion entschieden. Zu befürchten ist, dass weitere Nachforschungen eingestellt werden. *Jörg Detjen*



Am 7. März hatte Verdi zu einer Demonstration in Düsseldorf gegen das neue Landespersonalvertretungsgesetz aufgerufen. Die Fraktion Die Linke.Köln, vertreten durch den Stadtrat Jörg Detjen bekundete ihre Solidarität mit einem eigenen Flugblatt. Auch der Vorstand der WASG Köln war durch ihren Sprecher Martin Nees vertreten. Die Bundestagsabgeordnete Ulla Lötzer von der Linksfraktion schickte eine Solidaritätsadresse an die Demonstranten. *Foto: arbeiterfotografie*

Köln und die Erklärung von Barcelona

Wie langsam doch die Mühlen in Köln mahlen! Am 16.7.2002 beantragte die damalige PDS-Gruppe im Rat die Unterzeichnung der Erklärung „Die Stadt und die Behinderten“ durch die Stadt Köln. So schnell mochten sich die anderen Parteien aber nicht entscheiden. Also wurde der Antrag erst mal zur weiteren Beratung verschoben – in den Ausschuss für Soziales und Senioren. Und zwar ohne große Diskussion, noch vor Eintritt in die Tagesordnung.

Am 19.9.2002 wurde er dann im Ausschuss für Soziales und Senioren behandelt. CDU und FDP spielten in der Diskussion Erklärung und Praxis gegeneinander aus. Eine Signalwirkung könne nur von guten Beispielen in der Praxis ausgehen, meinte Herr Ensmann damals, und Herr Pohl hielt die Erklärung gar für zu alt und war der Meinung, man solle sich an den umgesetzten Taten messen lassen. Beide setzten sich in ihren Fraktionen durch, und so wurde eine Unterzeichnung der Erklärung gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt. Lange ist's her.

Am 30.11.2006 beging die Stadt wieder einmal in der Piazzetta feierlich den Internationalen Tag der Behinderten Menschen. Im 2. Teil saßen die Vertreter der vier stimmberechtigten Ausschussmitglieder auf dem Podium und versprachen hoch und heilig, nun endlich für die Unterzeichnung der Erklärung von Barcelona durch die Stadt zu stimmen. Am 18.1.2007 war es dann endlich soweit. Allerdings nur, weil SPD und Grüne des Wartens müde waren und den Antrag schließlich ohne Wenn (CDU) und Aber (FDP) alleine einbrachten. Da konnten diese nicht anders und stimmten zu. Und der nicht stimmberechtigte Vertreter der Fraktion Die Linke.Köln war auch ohne Stimmrecht glücklich.

Da wir beim Lesen des Textes der Erklärung „Die Stadt und die Behinderten“ unsere eigenen handicaps bemerken, hier die wesentlichen Punkte der Einleitung (eignigermaßen) sprach-barrierefrei:

Die unterzeichnenden Städte haben sich auf Folgendes verständigt:

► Würde und Wert einer Person sind unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Hautfarbe, ihrem Alter und ihrer Begabung.

► Schwächen und Behinderungen jeder Art sind nicht das Problem von Einzelnen oder deren Familien, sie gehen die Gesellschaft als Ganzes etwas an.

► „Behinderung“ ist ein dynamischer Begriff und damit auch abhängig von der Umwelt, in der wir leben. Die Gesellschaft ist für das Wohlergehen ihrer Bürger und Bürgerinnen und die Beseitigung von Hindernissen auf diesem Weg verantwortlich.

► Die Stadt hat eine Verpflichtung, die nötigen Mittel und Möglichkeiten für Chan-

cenleichheit, Wohlstand und Mitbestimmung aller ihrer Bürgerinnen und Bürger bereitzustellen.

► Die Grenzen zwischen „Normalität“ und Behinderung sind schwimmend und nicht festgelegt. Die Unterschiede zwischen den Bürgern und Bürgerinnen unserer Stadt sind so vielfältig, dass es keiner spezifischen Fachsprache für behinderte Menschen bedarf.

Spätestens das Weiterlesen des Textes im Original zeigt uns die Aktualität von Punkt 5 – nicht nur, wenn manch einer von uns seine Brille sucht. Für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt sollte ein verkürzter und barrierefreier Text erstellt und veröffentlicht werden.

Michael Kellner

■ Stadtentwicklung

Linksrheinisches Höhenkonzept diskutiert

Innerhalb der Ringe soll zukünftig durch ein Höhenkonzept für die linksrheinische Innenstadt Sicherheit für Investoren, für Planer und für die Stadtentwicklung geschaffen werden. Bauwilligen Investoren sollen klare Vorstellungen der Politik und Verwaltung vor Augen geführt werden. Hierbei ist dann besonders darauf zu achten, dass nicht zu viele Ausnahmeregelungen die Regelung selbst später wieder aushebeln und das Ziel des Konzeptes konterkarieren. Eine Lösung muss gefunden werden, die für alle Seiten eine möglichst klare Umsetzungsgrundlage darstellt.

Die Diskussion in den Gremien und

aus mehreren Bürgeranhörungen lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die Höhe sollte klar auf 22,50 Meter „gedeckelt“ werden. Wo der Deckel aber nun liegen soll, wird unterschiedlich interpretiert: entweder er liegt auf der Traufhöhe oder auf der Gesamthöhe der Gebäude. Der Unterschied macht 3,20 m aus, also ein Geschoss.

Andere Meinungen lassen eine höhere Bebauung an der Nord-Süd Fahrt und auch im Bereich der Auffahrten an der Severinsbrücke zu. Hier könnte bis zu einer Höhe von 33,50 m gebaut werden. An den Ausfallstraßen wäre sogar eine Höhe von 60 m möglich.

Für uns sind solche Ausnahmen nicht akzeptabel und auszuschließen. Es wird noch immer genügend Gebäude geben, die durch Bestandsschutz eine solche Höhe erreichen können.

Als Beispiel sei hier nur das alte Polizeipräsidium genannt. Höhere Bauten können am Rande und entlang der Ringe das Stadtbild prägen, der innere Teil aber sollte die Kirchen und den Dom als prägende Gebäude nicht ins Abseits stellen.



Für alle Beteiligten sind daher die Schutzzonen des Domes und der Kirchen klar und eindeutig festgesetzt. In einem genau gefassten Bereich dürfen keine hohen Bauten entstehen und das ist gut so!

Franz-Albert Krämer

Grundsteuererhöhung hätte für Köln fatale Folgen

Das Kassen- und Steueramt hat jetzt zum ersten Mal eine Übersicht des Grundsteueraufkommens, getrennt nach Grundstücksarten, vorgelegt. Die Fraktion Die Linke.Köln hatte mehrmals eine solche Übersicht eingefordert. In Baden-Württemberg werden solche Daten schon länger erhoben. Sie enthalten interessante Erkenntnisse.

Die nun vorliegenden Zahlen machen deutlich, dass das Grundsteueraufkommen der Mieter und Wohneigentümer in Köln besonders hoch ist und mit 49% deutlich über dem von z.B. Stuttgart (42,3%) liegt. Mieter zahlen in Köln einen noch deutlich höheren Anteil. Während sie in Stuttgart 17,4 % der Gesamtsumme aufbringen, zahlen sie in Freiburg bereits 18,8% der Grundsteuer. In Köln sind es sogar 21%. CDU und Grüne haben in den letzten Monaten immer wieder die Erhöhung der Grundsteuer in die Diskussion gebracht. Dabei ist der Hebesatz bereits heute schon sehr hoch. Die jetzt veröffentlichten Zahlen beweisen, dass in Köln das Grundsteueraufkommen zu großen Teilen über die Mieter- und Wohnungseigentümer bezahlt wird. Die Linke.Köln dagegen meint, dass sich die Reichen in dieser Stadt stärker an Sozialkosten beteiligen müssen.

Jörg Detjen

Gastbeitrag - Gastbeitrag - Gastbeitrag - Gastbeitrag - Gastbeitrag - Gastbeitrag - Radverkehrsförderung als Zukunftsinvestition

Von Erich Koprowski

In Köln werden 16 Prozent aller Wege mit dem Fahrrad erledigt. Kein Wunder: Bei Entfernungen bis zu sechs Kilometern ist das Fahrrad allen anderen Verkehrsmitteln, was die Schnelligkeit und die direkte Erreichbarkeit von Zielen angeht, weit überlegen. Das Fahrrad trägt damit zu einer nachhaltigen urbanen Mobilität bei.

Vor allem im Hinblick auf den weiterhin steigenden Ausstoß von Schadstoffen durch den überbordenden Autoverkehr und den drohenden Klima- und Verkehrskollaps sollte dem Radverkehr besonders im großstädtischen Ballungsraum der Vorzug vor dem motorisierten Individualverkehr eingeräumt werden. Das Fahrrad emittiert weder Geräusche, Abgase noch irgendwelche anderen Schadstoffe. Es braucht nicht viel Platz und ist preiswert in Anschaffung und Unterhaltung – das gilt im Übrigen auch für seine Verkehrswege.

Hierbei gilt es, einen wichtigen Aspekt zu beachten: ein ausreichendes Angebot geeigneter Fahrradstellplätze. Wo Fahrräder



... fehlende Abstellmöglichkeiten andererseits (Im Sionstal, Altstadt Süd)

der bei Fahrtantritt schnell erreichbar sind und beim Abstellen am Zielpunkt sicher geparkt werden können, erleichtert dies die Fahrradnutzung. Es gibt aber flächendeckend im gesamten Stadtgebiet weder quantitativ noch qualitativ ausreichend Fahrradstellplätze, jedenfalls nicht dort, wo Bedarf herrscht. Wild geparkte Fahrräder sind ein guter Indikator dafür, dass und wo Fahrradabstellplätze fehlen. Eine Abstellanlage sollte so nahe wie möglich an den Quell- und Zielorten der Radfahrer liegen. Die für Fahrradstellplätze am günstigsten gelegenen Kfz-Stellplätze sollten dafür umgenutzt werden. Schließlich kann man auf der Stellfläche eines Pkws acht Fahrräder abstellen!

Ein großes Ärgernis stellt in Köln immer wieder die Verkehrsführung für Radfahrer an Baustellen dar, sofern man hier



Am Bedarf vorbeigeplant: fahrradfreie Bügel im Industriegebiet Gremberghoven einerseits...

überhaupt von „Verkehrsführung“ reden kann. Um eine Beeinträchtigung des Autoverkehrs zu vermeiden, werden oftmals Baustelleneinrichtungen einfach auf Radwege verlagert. Dann heißt es meistens „Radfahrer absteigen!“ Wohin die Radler dann sollen, bleibt vielfach offen: Schiebt man sein Velo über den Bürgersteig oder wagt man sich doch in den fließenden Autoverkehr? Die Fahrt muss auf jeden Fall unterbrochen werden und das erhöht den Frustpegel. Radverkehrsförderung sieht anders aus.

Für mangelnde Radverkehrsförderung sollten auch leere Kassen nicht immer als Hinderungsgrund angeführt werden. Langfristig spart

die Förderung des Radverkehrs der Kommune z. B. durch Einsparungen in Straßenbau und -unterhaltung Kosten. Es zählt vielmehr der politische Wille.

Angesichts des drohenden Klima- wie auch des Verkehrskollapses ist zügiges Handeln angezeigt. Die Verhältnisse in Köln sind alles andere als ideal, aber weitgehend noch akzeptabel. Verbesserungen sind aber nötig und möglich. Auch im Hinblick auf den weiter zunehmenden Radverkehr sollte die Stadt ihren Bürgern flächendeckend ein gutes und sicheres Radverkehrsnetz mit der zugehörigen Infrastruktur anbieten – als echte Investition in die Zukunft!

Erich Koprowski ist 2. Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) Köln

Mehr unter: www.adfc-koeln.de



Miserable Radverkehrsführung: Mehrtagesbaustelle Hornstr./Innere Kanalstraße

Interview mit dem Stadtkämmerer, Peter-Michael Soénius, zum geplanten Bürgerhaushalt in Köln

Herr Soénius, Sie haben beim Symposium im September 2006 deutlich gemacht, dass Sie die Erstellung eines Bürgerhaushaltes intensiv unterstützen wollen. Was sind Ihre Gründe?

Für mich ist der Bürgerhaushalt eine neue, sehr interessante Möglichkeit, mit dem Bürger in einen Dialog zu treten und über Aufgaben und Probleme in der Stadt zu diskutieren. Im Haushaltsplan einer Kommune sind alle kommunalen Aufgabenbereiche mit den entsprechenden Aufwendungen und Erträgen abgebildet. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten mit dem Bürgerhaushalt die Möglichkeit, ihre Anregungen und auch Wünsche an die Verantwortlichen in der Stadt weiterzugeben. Diese können dann bei ihren Entscheidungen die Vorschläge berücksichtigen, sie sind somit „näher dran“ an der Bürgerschaft.

Zusammenfassend kann man sagen, mit dem Bürgerhaushalt sollen drei zentrale Ziele verfolgt werden:

- Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Diskussionsprozess und Verbesserung des Dialogs zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung
- Entscheidungshilfen für die Politik durch Bürgerkonsultation schaffen
- Transparenz für die Bürgerschaft über den Haushalt und die Finanzwirtschaft schaffen.

Der Beirat Bürgerhaushalt hat jetzt viermal getagt. Wir haben gehört, dass in diesen Tagen ein Fragebogen an ausgewählte Kölner Haushalte verschickt werden soll. Wie sieht der aus und was erhoffen Sie sich davon?

Es handelt sich bei diesem Fragebogen um eine repräsentative Vorabumfrage zur Vorbereitung des eigentlichen Bürgerhaushaltsverfahrens. Ziel dieser Befragung ist es zum einen, Erkenntnisse über die vom Bürger präferierten Möglichkeiten der aktiven Beteiligung zu erhalten (z. B. Internet, schriftliche Befragung, Bürgerversammlung), zum anderen aber auch die Themenbereiche zu erfragen, die für die Öffentlichkeit von besonderem Interesse sind.

Wir erhoffen uns von dieser Umfrage Erkenntnisse, die wir dann im originären Beteiligungsverfahren weiter verwenden bzw. auf denen wir aufbauen können.

Welche weiteren Zeitvorstellungen haben Sie? Im Beirat wird derzeit über die Information der Bevölkerung diskutiert. Wie soll diese aussehen?

Die Vorabumfrage startet in Kürze, mit Ergebnissen rechnen wir im Frühsommer. Darauf aufbauend werden wir weitere Schritte erarbeiten. Derzeit ist geplant, die Informati-

on der Bürgerschaft unmittelbar nach der Einbringung des Haushaltsplan-Entwurfes 2008 (voraussichtlich im September 2007) vorzunehmen. Als Informationsmedien sind verschiedene Möglichkeiten denkbar, z. B. Broschüren, Flyer, Presseartikel, Internet-auftritt etc.

Die konkrete Vorgehensweise für die Öffentlichkeitsarbeit wird derzeit mit dem Presse- und Informationsamt, also den Fachleuten für dieses Thema, diskutiert.

An die Informationsphase schließt sich die sog. Dialogphase an, also die aktive Beteiligung der Kölner Bevölkerung. Später muss dann auch Rechenschaft gegenüber der Bevölkerung abgegeben werden. Dies kann allerdings zwangsläufig erst nach der Beschlussfassung des Rates über den Haushalt 2008 (ca. März/April 2008) erfolgen. Erst dann steht fest, in welchem Umfang die Vorschläge aus dem Bürgerhaushaltsverfahren vom Rat übernommen wurden.

Sie diskutieren auch über eine Internetplattform. Soll das die einzige Beteiligungsform sein oder sind weitere vorgesehen und welche sind das gegebenenfalls?

Die Erfahrungen in den anderen Städten haben gezeigt, dass die Beteiligungsmöglichkeit im Internet sehr stark genutzt wird, von daher wollen wir uns ebenfalls im Netz präsentieren und auch dort Abstimmmöglichkeiten sowie Dialoggrundlagen wie z. B. Diskussionsforen schaffen. Wir planen in diesem Bereich eine Zusammenarbeit mit

einem auf diesem Gebiet erfahrenen Institut. Über die Beteiligung im Internet hinaus werden weitere Möglichkeiten wie z.B. schriftliche Fragebögen etc. angeboten. Derzeit wird auch über die Durchführung von Bürgerversammlungen diskutiert.

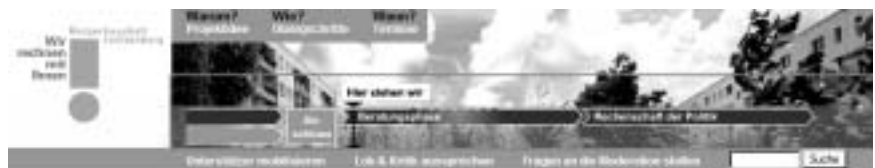
Worüber sollen die Bürger beim ersten Bürgerhaushalt in Köln abstimmen? Über die Leistungen der Bezirke oder über einzelne Produktgruppen?

Es besteht bei allen Beteiligten Einigkeit darüber, dass sowohl aus organisatorischen als auch aus dv-technischen Gründen eine Bereitstellung des gesamten Haushaltsspektrums als Diskussionsgrundlage im ersten Bürgerhaushaltsjahr nicht möglich sein wird.

Es ist daher geplant, in Anlehnung an die Ergebnisse der Vorabumfrage ein bis zwei Teilbereiche des Haushaltes, für die das stärkste Interesse besteht, zur Diskussion zu stellen. Über diese Teilbereiche kann dann die Kölner Bevölkerung diskutieren.

Eine Darstellung von Leistungen einzelner Bezirke ist aktuell nicht praktikabel, da sich das Leistungsspektrum der Bezirke über eine Vielzahl an Themenbereichen erstreckt. Hier kommt wieder meine Grundaussage zum Tragen, dass eine Bereitstellung eines großen Haushaltsspektrums derzeit noch nicht möglich ist.

Wir danken Herrn Soénius für dieses Interview.



Berlin-Lichtenberg: Bürgerhaushalt im zweiten Jahr erfolgreich

Die Bürgermeisterin von Berlin-Lichtenberg, Christina Emmrich (Die Linke.PDS), erläuterte auf einem Forum der Fraktion am 7. März anschaulich, wie die Beteiligung der Bürger stattfindet.

Die Bürger können die freiwilligen Aufgaben des Bezirks beeinflussen. Das sind 30,6 Millionen Euro bei einem Gesamtetat von 515 Millionen. Von diesem Gesamtetat sind fast drei Viertel für soziale Transferleistungen bestimmt und werden deswegen nicht in das Beteiligungsverfahren eingebracht.

In Bürgerversammlungen, über das Internet und in Miniversammlungen können die Bewohner Vorschläge für die Kulturein-

richtungen, die Musikschule, die VHS, die Sportförderung, die Seniorenprogramme, die Jugend- und Gesundheitsförderung, die Grünflächenpflege und die Wirtschaftsförderung machen. Sie können sowohl das Angebot selbst wie auch die Qualität vorhandener Angebote betreffen.

Alle Vorschläge werden von der Verwaltung erfasst und am Ende der Vorschlagsphase in Bürgerversammlungen und im Internet beraten. Dort können alle Beteiligten Punkte vergeben – jeder hat fünf Punkte, die er auf die Vorschläge verteilen kann. Die Bürgerversammlungen und die Internetbenutzer wählen jeweils zwei Personen als Vertrauensleute. →

Platzjabbeck

Bitte kostenlos schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion Die Linke.Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Straße, Postleitzahl, Ort

Die Linke.Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41

email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Fortsetzung von Seite 7
Berlin-Lichtenberg: Bürgerhaushalt im
zweiten Jahr erfolgreich

Sie sind Mitglied des Redaktionsteams, das die Vorschläge aus allen Versammlungen und aus dem Internet prüft und ordnet. Nach dieser Gewichtung werden die Vorschläge in den Haushaltsplan eingearbeitet, der von der Bezirksverordnetenversammlung beschlossen und vom Berliner Abgeordnetenhaus bestätigt werden muss.

In diesem Verfahren haben sich im vergangenen Jahr 4000 Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Im Bezirk leben ca. 250.000 Menschen. Im Großen und Ganzen waren alle gesellschaftlichen Gruppen im Bezirk beteiligt, die einzige Gruppe, die unterrepräsentiert war, waren Familien mit Kindern.

Im Augenblick sind alle Einwohnerinnen und Einwohner über 14 berechtigt teilzunehmen. Für das kommende Jahr sollen auch Kinder mitwirken können – sie erhalten dieselbe Punktzahl wie die anderen Berechtigten, so dass z.B. eine Familie mit zwei Kindern, die an der Bürgerversammlung teilnimmt, insgesamt 20 Punkte vergeben kann.

Neben der Möglichkeit an Bürgerversammlungen oder über das Internet mitzuwirken, werden sogenannte Miniversammlungen durchgeführt, z.B. mit Alleinerziehenden oder Migrantengruppen. Die Vorschläge dieser Miniversammlungen fließen in die Gesamtvorschläge ein.

Im ganzen Beteiligungsverfahren gilt: Alle, die Vorschläge unterbreitet haben, wissen, was mit ihren Vorschlägen passiert und in welchem Stadium das Verfahren ist. Ohne Transparenz und Information ist das ganze Verfahren zum Scheitern verurteilt. Inzwischen ist aber eins klar: Von der Abschaffung des Bürgerhaushalts redet in Berlin-Lichtenberg niemand mehr.

Ulrike Detjen

Foto: www.arbeiterfotografie.com

Platzjabbeck gebändigt?

Wer kennt ihn nicht, den Platzjabbeck in Köln? Brav hängt er da an der Rückseite des Rathauses, die Touristen auf dem Altermarkt können ihn kaum ausmachen. Und jede Stunde streckt er der Kölner Obrigkeit die Zunge raus. Ganz schnell und ganz kurz. Manch ein Besucher reibt sich die Augen – und zweifelt an sich selbst. Wäre Platzjabbeck die hl. Maria, dann wäre das Rathaus schon längst zur Pilgerstätte mutiert. Aber Maria weint eher. Und die lange Zunge vom Platzjabbeck ist nicht so angenehm.

Vor kurzem war allerdings alles anders. Keiner konnte es mehr übersehen. Dem Platzjabbeck hing die Zunge zum Hals raus. Nicht nur schnell und kurz, sondern wo-

chenlang. Sabotage? Quatsch! Ein Wunder! Was Maria kann, das kann auch Platzjabbeck – auf seine Art. Er hatte den Hals voll. Kienbaum, Haushalt, die Schramma-Liste und die Privatisierungsgelüste der FDP. Und das alles hinter seinem Rücken! Seitdem Karl Marx nicht mehr auf der anderen Seite alles im Blick hat, geht es im Rathaus drunter und drüber. Es reicht. Alle sollen sehen, wie ihn das ankotzt.

Ausgerechnet die Fraktion Die Linke.Köln wollte den OB mit einer Anfrage vorsichtig darauf aufmerksam machen, dass der Platzjabbeck den Kragen gestrichen voll hat und die Zunge raushängen lässt. Auch wenn er zwischen den Stunden scheinheilig dreinschaut, der Platzjabbeck am Rathaus darf nicht sterben! Dann lieber weg mit dem Kallendrießer, der auf das Volk scheißt.

Die Antwort der Verwaltung kam schnell und war kurz: Es ist alles wieder in Ordnung. Und OB Schramma muss nix zahlen.

Die Linke hat gut reden! Hat sie doch schon längst ihren eigenen Platzjabbeck. Der ist rot und streckt immer die Zunge raus. Immer! Und hängt nicht bescheiden am Rathaus, sondern geht im Rathaus ein und aus.

Damit wäre auch des Wunders Rätsel gelöst. Der Platz vom Rathaus hat sich den roten Platzjabbeck zum Vorbild genommen: Was der kann, kann ich auch. Zumindest für ein paar Wochen. Und es hat geklappt! Aber jetzt ist wieder alles in Ordnung. Wenigstens vorerst.

Michael Kellner

